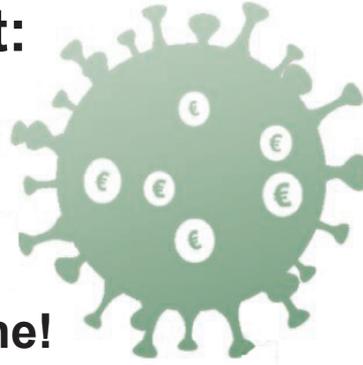


# Die DKP- Hamburg fordert:

## Die Pandemie bekämpfen – statt sie zu verwalten!

## Maßnahmen für die Menschen statt für Wirtschaft und Konzerne!



**D**er Hamburger Senat hat eine nächtliche Ausgangssperre ab Karfreitag verhängt. Damit wird ein weiterer Teil des Privatlebens durch eine Maßnahme eingeschränkt, die sich bisher als kaum wirksam herausgestellt hat.

Die Infektionen ereignen sich vor allem Alten und Pflegeheimen, in vollen Bussen und Bahnen auf dem Weg zur Arbeit! In Betrieben und Großraumbüros! Die Pandemiebekämpfung wird auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen, die sich jeden Tag für die Profite der Wirtschaft in Gefahr bringen.

Wenn die Pandemie einen Lockdown nötig macht, darf dieser nicht nur das Privatleben der Bevölkerung treffen – er muss auch in den Unternehmen und Betrieben angewendet werden. Solidarisch, d.h. ohne finanzielle Nachteile für die arbeitenden und arbeitslosen Menschen in Hamburg.

### Sozialpolitik für die Menschen in Hamburg!

Die Milliarden für Konzerne, wie Lufthansa oder Galeria-Kaufhof, flossen schnell. Selbst großen Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauten oder ihren Aktionären Dividenden zahlten, wurde „unbürokratisch“ geholfen. Krankenhauskonzerne verdienten sich an der Pandemie eine goldene Nase. Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, Gastronomen, Friseur warten bis heute vergeblich auf Hilfe. Viele gehen Pleite, weil ihre Kosten weiterlaufen. Hunderttausende haben ihre Minijobs verloren. Sie werden einfach vergessen. Millionen bezahlen sich selbst mit den Beiträgen, die sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Ihr Kurzarbeitergeld reicht oft nicht für die Miete. Die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV sollen mit einer Einmalprämie von 150 Euro abgeseigt werden, obwohl sie durch steigende Kosten zum Beispiel für Lebensmittel immer tiefer in die Armut rutschen. Ausgezahlt werden soll diese „Hilfe“ nicht vor Mai.

### Wir fordern gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden:

- die Anhebung der Regelsätze für Hartz IV auf mindestens 600 Euro für alle Menschen
- für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro pro Kopf und Monat
- mindestens für die Dauer der Krise ein Verbot von Zwangsräumungen und die Aussetzung von Kreditrückzahlungen
- Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro
- die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstockung des Kurzarbeitergelds durch die Unternehmen
- die sofortige Auszahlung der Unterstützung für Kleinbetriebe.

### Alte und pflegebedürftige Menschen besonders betroffen!

Nach Recherchen bei den Sozialämtern der Bundesländer sind von den 72.000 Corona-Toten in der BRD mindestens 29.000 Menschen (40%), die in Alten- und Pflegeheimen gewohnt haben. In Hamburg ist die Situation noch viel schlimmer: 60% der Corona-Toten stammen aus Alten- und Pflegeheimen. Viele Covid-Patienten sterben gar nicht in den Kliniken, sondern vielfach in Pflegeeinrichtungen. Alten Menschen wird die Versorgung im Krankenhaus vorenthalten, um Betten in Intensivstationen freizuhalten.

Auch die Impfstoffe werden durch Patente geschützt, um den Pharmafirmen Gewinne zu sichern. Ergebnis sind Verzögerungen bei der Produktion, die einen flächendeckenden Einsatz bis jetzt verhindert haben. Die Pharmakonzerne haben sich gerne bei öffentlichen Forschungsergebnissen bedient. Die Wirksamkeit ihrer Medikamente interessiert sie am Ende aber weniger als die Gewinnspanne.

## Wir fordern

- **sofort mehr festangestelltes Personal in den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsämtern**
- **die Patente für die Impfstoffe müssen sofort und international freigegeben werden**
- **die Impfstoffproduktion muss vergesellschaftet werden.**

Die Situation entsteht nicht, weil regierende Politiker unfähig oder dumm sind und Fehler machen. Sie entsteht, weil die Interessen der Monopole, der Banken und Konzerne, weil ihr Konkurrenzkampf und das Profitprinzip das Handeln der Bundesregierung bestimmen. Sie entsteht, weil eine kapitalistische Krise durch die Pandemie verstärkt wird und weil die Pandemie genutzt, wird um die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Die Situation entsteht, weil die Bundesregierung Politik im Interesse des Monopolkapitals macht.

## Hier zeigt sich die Strategie der Bundesregierung, die in Hamburg auf die Spitze getrieben wird: nicht Bekämpfung, sondern Management der Corona-Pandemie.

Wie anders sieht die Welt in Kuba aus, wo nicht die Kapitalverwertung, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Das sozialistische Kuba, selbst noch ein Entwicklungsland, hat einen stark ausgebauten Gesundheitssektor. Dieser wird durch nachbarschaftliche Betreuung ergänzt. In Folge dessen ist die Todesrate durch Corona dort 25 Mal niedriger als in der BRD (32 Tote in Kuba zu 870 Tote in der BRD pro Mio. Einwohner). Kuba kann sogar anderen Entwicklungsländern durch Ärzte, Medikamente etc. helfen. Das ist uns ein Vorbild!

## Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung ist gerade in dieser Krise nötig.

Der Platz der fortschrittlichen Kräfte ist der Platz des Protests auf der Straße, im Betrieb, in der Schule, an der Uni – natürlich mit Abstand und trotzdem zusammen. Wir lassen uns das Recht auf Widerstand nicht nehmen und rufen zu Protestaktionen gegen das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung auf.

DKP  
(Deutsche Kommunistische Partei)  
Hamburg – 01.04.2021  
<https://dkp.de/partei/corona/>

## unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP



**Wir in Hamburg schreiben - auch beim Thema Corona dort weiter, wo andere längst schweigen**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**  
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

### Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,  
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,  
Telefon (040) 480 49 00  
[hamburg.dkp.de](http://hamburg.dkp.de) oder [www.dkp.de](http://www.dkp.de)  
V.i.S.d.P: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

